

Stand: 16.04.2026 13:10:47

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/10869

"Änderungsantrag Haushaltsplan 2026/2027; hier: Mittel für die Finanzierung von 50 neuen Stellen für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in der BesGr. A 11 sowie für Stellenhebungen, insbesondere von A 12 nach A 13, sowie für den Ausbau der Spitzenstellen für die modulare Qualifizierung (Kap. 04 04 Tit. 422 01)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/10869 vom 02.03.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11324 des HA vom 23.03.2026



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Horst Arnold, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Haushaltsplan 2026/2027;

**hier: Mittel für die Finanzierung von 50 neuen Stellen für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in der BesGr. A 11 sowie für Stellenhebungen, insbesondere von A 12 nach A 13, sowie für den Ausbau der Spitzenstellen für die modulare Qualifizierung
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 04 04 (Gerichte und Staatsanwaltschaften) wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)) für das Jahr 2026 von 683.979,1 Tsd. Euro um 429,4 Tsd. Euro auf 684.408,5 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 04 04 (Gerichte und Staatsanwaltschaften) wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)) für das Jahr 2027 von 692.518,1 Tsd. Euro um 3.395,0 Tsd. Euro auf 695.913,1 Tsd. Euro erhöht.

Die Mittel dienen der Finanzierung von 50 neuen Stellen der BesGr. A 11 für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger, davon 25 Stellen kostenwirksam zum 1. Oktober 2026 und weitere 25 Stellen zum 1. Januar 2027, sowie Stellenhebungen, insbesondere von BesGr. A 12 nach BesGr. A 13, kostenwirksam zu den gleichen Daten.

Begründung:

Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger sind eine tragende Säule der Funktionsfähigkeit der Justiz. Ihnen obliegen eigenverantwortliche Aufgaben von erheblicher rechtlicher, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Bedeutung. Gleichwohl ist seit Jahren ein strukturelles Missverhältnis zwischen Aufgaben- und Belastungszuwachs einerseits und der Entwicklung des Stellenbestands sowie der besoldungsrechtlichen Wertigkeit andererseits festzustellen.

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 sind keine zusätzlichen Stellen für Rechtspflegeinspektorinnen und Rechtspflegeinspektoren ausgewiesen, obwohl der Aufgabenzuwachs – u. a. infolge steigender Verfahrenszahlen, zusätzlicher gesetzlicher Anforderungen sowie besonderer Belastungen in den Bereichen Grundbuch, Handelsregister, Zwangsversteigerung, Insolvenz, Familien- und Betreuungsgerichtsbarkeit – seit Jahren erheblich ist.

Der Verband der Rechtspfleger ging bereits in der Vergangenheit von der Notwendigkeit von mindestens 140 neuen Stellen aus. Unter Berücksichtigung der Haushaltslage, die wir nicht verkennen, ist es geboten, zumindest einen Teil dieses geltend gemachten Bedarfs abzudecken und zumindest in einem ersten Schritt 50 zusätzliche Stellen zu

schaffen, davon 25 Stellen kostenwirksam zum 1. Oktober 2026 und weitere 25 Stellen zum 1. Januar 2027. Der Stellenplan ist entsprechend anzupassen.

Insgesamt bedarf es hier mehrerer Maßnahmen:

- Das Eingangsamt muss auf die BesGr. A 11 angehoben werden,
- 50 zusätzliche Stellen (25 je Haushaltsjahr) müssen geschaffen werden,
- 100 Stellenhebungen in den nächsten vier Haushaltsjahren von A 9 nach A 10,
- weitere Stellenhebungen, insbesondere von A 12 nach A 13,
- Ausbau der Spitzenstellen für die modulare Qualifizierung (Aufstieg in die QE 4),
- Streichung der „kw“-Vermerke bei den im Nachtragshaushalt 2016 bewilligten Stellen.

Das Eingangsamt A 11 ist eine Konsequenz aus den Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom 9. September 2020 (4 AZR 195/20; 4 AZR 196/20). Das BAG hat in zwei Revisionsentscheidungen seine Rechtsauffassung zur Eingruppierung von Geschäftsstellenverwaltern und Beschäftigten in Service-Einheiten bestätigt. Gemäß Finanzministeriellem Schreiben (FMS) vom 16.03.2023 werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Serviceeinheiten bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Umsetzung der Entscheidungen nun in die EGr. 9a des Teils II der Entgeltordnung zum TV-L eingruppiert.

Dadurch wird jedoch mittelbar das Abstandsgebot zu dem Eingangsamt der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger verletzt, da die amtsbezogene Besoldung dem Leistungsprinzip entsprechend amtsangemessen sein muss. Die Amtsangemessenheit der Besoldung muss unter Berücksichtigung der Verantwortung der Tätigkeit und auch der erforderlichen Ausbildung (Bundesverfassungsgericht (BVerfG), Beschluss vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18, BVerfGE 155, 1-76, Rz 25) gegeben sein. Dies ist nun nicht mehr der Fall. Verletzt werden das Alimentationsprinzip und das Leistungsprinzip, die zu den durch das Grundgesetz geschützten hergebrachten Grundsätzen des Beamtentums gehören, Art. 33 Grundgesetz (GG). Auch das Staatsministerium der Justiz hält das Eingangsamt der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger vor diesem Hintergrund für anpassungsbedürftig. Für ein schlüssiges Besoldungsgefüge ist ein Eingangsamt mit A 11 unerlässlich. Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger sind sachlich unabhängig, d. h. an keine Weisungen gebunden, und ab dem ersten Dienstag voll zeichnungsbefugt. Aus diesem Grund sah bereits das Bundesbesoldungsgesetz 1986 A 10 als Eingangsamt vor, was aus Haushaltsspargründen nie umgesetzt wurde.

Höherwertige Stellen sind auch zur Nachwuchsgewinnung erforderlich. Für die stark umworbene „Generation Z“ gehören gute Entwicklungsmöglichkeiten zu den wichtigsten Punkten. Ohne realistische Perspektiven ist der Kampf um die Talente ein aussichtsloser.

Schließlich sind die – wegen der Flüchtlingssituation 2015 im Nachtragshaushalt 2016 geschaffenen – Stellenmehrungen mit „kw“-Vermerk zu streichen. Vor allem auch wegen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine sind die Flüchtlingszahlen erneut stark angestiegen. Dies schlägt sich in Mehrarbeit, bspw. im Familien- und Betreuungsgericht, nieder. Besonders betroffen sind auch der Bereich der Prozess- und Beratungshilfe sowie die Rechtsantragstellen an den Amtsgerichten.

Vor dem Hintergrund der gleichzeitigen Stellenmehrungen bei Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten sowie bei der Polizei ist es zudem zwingend erforderlich, die personelle Ausstattung der Rechtspflege entsprechend nachzuziehen, um strukturelle Engpässe und Funktionsdefizite innerhalb der Justiz zu vermeiden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2026/2027; Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

Berichterstatter: **Maximilian Bötl**
Mitberichterstatter: **Harry Scheuenstuhl**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 04 04 werden die Ansätze in 2026
 - a) bei Tit. 526 99
 - von 47.844,2 Tsd. €
 - um 110,0 Tsd. €
 - auf 47.954,2 Tsd. €sowie
 - b) bei Tit. 534 99
 - von 22.244,5 Tsd. €
 - um 110,0 Tsd. €
 - auf 22.354,5 Tsd. €erhöht.
2. Bei Kap. 04 04 wird in Anl. S Tit. 735 04 der Ansatz in 2026
 - von 600,0 Tsd. €
 - um 50,0 Tsd. €
 - auf 650,0 Tsd. €erhöht.
3. Bei Kap. 04 05 werden die Ansätze in 2026
 - a) bei Tit. 525 01
 - von 901,3 Tsd. €
 - um 360,0 Tsd. €
 - auf 1.261,3 Tsd. €
 - b) bei Tit. 681 02
 - von 1.875,0 Tsd. €
 - um 50,0 Tsd. €
 - auf 1.925,0 Tsd. €

- c) bei Tit. 701 01
 - von 11.685,6 Tsd. €
 - um 330,0 Tsd. €
 - auf 12.015,6 Tsd. €
- d) bei Tit. 812 48
 - von 4.200,0 Tsd. €
 - um 120,0 Tsd. €
 - auf 4.320,0 Tsd. €
- e) bei Tit. 812 71
 - von 2.470,0 Tsd. €
 - um 110,0 Tsd. €
 - auf 2.580,0 Tsd. €erhöht sowie
- f) die Zweckbestimmung bei Tit. 681 72 umbenannt in „Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfe, Ausgleichsentschädigung, Überbrückungsleistung bei Bedürftigkeit und Taschengeld für Gefangene“.

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 04 01, Kap. 04 04 und Kap. 04 05 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlagen).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2026/2027 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Einführung von KI in der Justiz
(Kap. 04 04 Tit. 526 99)
Drs. 19/10876
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Förderung einer Softwarelösung zur Gewährleistung der Kompatibilität zwischen dem Justiznetz und iOS- bzw. Android-Endgeräten
(Kap. 04 04 Tit. 534 99)
Drs. 19/10877

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Anschubfinanzierung Sanierung Sitzungstrakt Landgericht Hof
(Kap. 04 04 Tit. 735 04 (Anlage S zu Epl. 04))
Drs. 19/10878
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Nachwuchsgewinnung im Justizvollzug - Arbeitgeber Justizvollzug (Werbekampagne für den Justizvollzug)
(Kap. 04 05 Tit. 525 01)
Drs. 19/10879
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Nachwuchsgewinnung im Justizvollzug - Justizvollzug auf Berufsmessen (Anschaffung von modernen Messeständen)
(Kap. 04 05 Tit. 525 01)
Drs. 19/10880
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Fortbildungsveranstaltungen - Aktionsjahr Schutz vor Übergriffen und Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen (Zusätzliche Fortbildungsmaßnahmen für Justizvollzugsbedienstete)
(Kap. 04 05 Tit. 525 01)
Drs. 19/10881
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Soziale Projekte für Gefangenenfürsorge und Bewährungshilfe
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)
Drs. 19/10882
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Brunnensanierung JVA Ebrach
(Kap. 04 05 Tit. 701 01)
Drs. 19/10883

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Pilotierung von Suizidpräventionsräumen in der JVA Bernau
(Kap. 04 05 Tit. 812 48)
Drs. 19/10884
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Verstärkung des Ausbaus digitaler Kommunikationsmöglichkeiten durch Anschaffung neuer Videokonferenzsysteme für die Justizvollzugseinrichtungen
(Kap. 04 05 Tit. 812 71)
Drs. 19/10885
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Änderung der Zweckbestimmung aufgrund Einführung der Überbrückungsleistung bei Bedürftigkeit für Untersuchungsgefangene
(Kap. 04 05 Tit. 681 72)
Drs. 19/10891

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Keine Stellenkürzungen im Justizvollzug durch Nichtwiederbesetzung, kw-Vermerk streichen
(Kap. 04 02 Stellenplan)
Drs. 19/10860
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Rechtspflege im Justizdienst stärken
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 19/10861
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Wachdienst in den Justizgebäuden personell stärken
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 19/10862

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Personalsituation in der Bewährungshilfe verbessern: Arbeit mit jugendlichen Intensivtäterinnen und -tätern stärken
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 19/10863
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Verbesserung der Personalsituation in Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 19/10864
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Schulungen für den Umgang mit psychotischen Gefangenen
(Kap. 04 05 Tit. 525 01)
Drs. 19/10865
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Mehr Kooperationen im Justizvollzug mit externen psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgungseinrichtungen und Leistungserbringern ermöglichen
(Kap. 04 05 Tit. 538 71)
Drs. 19/10866
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Horst Arnold, Volkmар Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Erhöhung der Mittel für die Aus- und Fortbildung der nichtrichterlichen Beisitzer (Schöffen) in Bayern
(Kap. 04 04 Tit. 412 01)
Drs. 19/10868
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Horst Arnold, Volkmар Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Mittel für die Finanzierung von 50 neuen Stellen für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in der BesGr. A 11 sowie für Stellenhebungen, insbesondere von A 12 nach A 13, sowie für den Ausbau der Spitzenstellen für die modulare Qualifizierung
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 19/10869
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Horst Arnold, Volkmар Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Mittel für die Finanzierung von 80 neuen R 1-Stellen für Richterinnen und Richter sowie für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 19/10870

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Horst Arnold, Volkm^{ar} Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Bewährungshilfe stärken – Personalnotstand beheben, Eingangsamt A 11 einführen
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 19/10871
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Horst Arnold, Volkm^{ar} Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Mittel für die Finanzierung der Stellenhebung von 246 Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern von BesGr. A 8 nach BesGr. A 9
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 19/10872
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Horst Arnold, Volkm^{ar} Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Erhöhung der Mittel für die Fortbildung der Richterinnen und Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Bayern
(Kap. 04 04 Tit. 525 01)
Drs. 19/10873
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Horst Arnold, Volkm^{ar} Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Für einen guten Behandlungsvollzug – Mittel für die Finanzierung von 176 neuen Stellen für alle Funktionsbereiche und Dienste in den Justizvollzugsanstalten in Bayern
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 19/10874
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Horst Arnold, Volkm^{ar} Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Erhöhung der Mittel für die Gefangenen- und Entlassenenfürsorge in Bayern
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)
Drs. 19/10875
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Bündnis für Toleranz
(Kap. 04 01 Tit. 684 01)
Drs. 19/10886
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken I: zusätzliche Stellen für Richter
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 19/10887

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken II: zusätzliche Stellen für Rechtspfleger
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 19/10888
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken III: zusätzliche Stellen für die Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
Drs. 19/10889
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Rechtskunde und Rechtsbildung für Asylbewerber
(Kap. 04 04 Tit. 427 01)
Drs. 19/10890

Der Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Verwaltungsvereinfachung beim sogenannten Taschengeld für mittellose Untersuchungshäftlinge
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)
Drs. 19/10867
wird für erledigt erklärt.

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 93. Sitzung am 23. März 2026 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 2 zu 11/12/15/17-H 1120-17/17

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2026/2027

zum

Entwurf des Einzelplans 04

Bayerisches Staatsministerium der Justiz

Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung

1. Gemäß Nr. 12.8 DBestHG gelten die in Nrn. 12.1 bis 12.7 DBestHG 2026/2027 zur dezentralen Budgetverantwortung getroffenen Regelungen nicht für:

- Kap. 04 01 Tit. 111 02 und 459 01,
- Kap. 04 02 Tit. 526 01,
- Kap. 04 04 Tit. 111 01, 111 02, 111 03, 112 01, 526 21 bis 526 33,
- Kap. 04 05 Tit. 112 01, 516 01, 823 10 und
- Kap. 04 05 TG 71 und TG 72.

04 01 Ministerium

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2026 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2027 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
	Einnahmen				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schul- dienst und dergleichen				
111 02-4 011	Notenverbesserungsgebühr <i>Vgl. Vermerk zu Tit. 459 01.</i>	A B	- - -	A B	- - -
	Gesamteinnahmen	A 24,5 B -	24,5	A 24,5 B -	24,5
	Ausgaben				
	Personalausgaben				
459 01-5 011	Prüfungsvergütungen <i>Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnah- men bei 111 02. Verpflichtungserm. 2026 Tsd. € 12.600,0 Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2026 in Höhe von 12.600,0 Tsd. € werden fällig frühes- tens in den Haushaltsjahren 2027 Tsd. € 3.900,0 2028 Tsd. € 2.900,0 2029 Tsd. € 2.900,0 2030 Tsd. € 2.900,0 Verpflichtungserm. 2027 Tsd. € 1.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A 4.750,0 B	4.750,0	A 4.750,0 B	4.750,0
	Gesamtausgaben	A 26.866,3 B -	26.866,3	A 27.142,9 B -	27.142,9

Erläuterungen

Zu 04 01/111 02

Der neue Titel wird für die Einführung einer Notenverbesserungsgebühr für die Erste und Zweite Juristische Staatsprüfung benötigt. Die in Nrn. 12.1 bis 12.7 DBestHG 2026/2027 zur dezentralen Budgetverantwortung getroffenen Regelungen gelten hierfür nicht.

Im Übrigen wird auf die Erläuterung zu Kap. 04 01 Tit. 459 01 verwiesen.

Zu 04 01/459 01

Aufnahme der Einnahmekoppelung zu Tit. 111 02 infolge der Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen.

04 01 Ministerium

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2026 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2027 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
	Abschluss				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	A 24,5 B -	24,5	A 24,5 B -	24,5
	Gesamteinnahmen	A 24,5 B -	24,5	A 24,5 B -	24,5
	Personalausgaben	A 24.167,0 B -	24.167,0	A 24.443,6 B -	24.443,6
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 2.040,0 B -	2.040,0	A 2.040,0 B -	2.040,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 185,7 B -	185,7	A 185,7 B -	185,7
	Sonstige Sachinvestitionen	A 473,6 B -	473,6	A 473,6 B -	473,6
	Gesamtausgaben	A 26.866,3 B -	26.866,3	A 27.142,9 B -	27.142,9
	Zuschuss	A 26.841,8	26.841,8	A 27.118,4	27.118,4

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2026 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2027 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
	Einnahmen				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schul- dendienst und dergleichen				
129 06-4 051	Einnahmen aus der Abgabe von Ladestrom	A B	35,3	A B	70,5
		+35,3		+70,5	
	Gesamteinnahmen	A 1.419.402,0 B +35,3	1.419.437,3	A 1.419.402,0 B +70,5	1.419.472,5
	Ausgaben				
	Personalausgaben				
422 26-4 051	Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen für Rechts- referendare (einschließlich Zusatzvergütungen) <i>Erstattungen von Ausbildungsstellen für die Zah- lung von Zusatzvergütungen dürfen von den Aus- gaben abgesetzt werden.</i>	A 70.800,0 B	70.800,0	A 70.800,0 B	70.800,0
	Sächliche Verwaltungsausgaben				
526 24-1 051	Vergütungen für Sachverständige <i>Vermerk unverändert.</i>	A 259.500,0 B -500,0	259.000,0	A 259.500,0 B -500,0	259.000,0
526 29-6 051	Besondere Ausgaben im Zusammenhang mit der elektronischen Aufenthaltsüberwachung <i>Vermerk unverändert.</i>	A 1.000,0 B +500,0	1.500,0	A 1.000,0 B +500,0	1.500,0
	Gesamtausgaben	A 1.962.949,1 B -	1.962.949,1	A 1.970.485,2 B -	1.970.485,2

Erläuterungen

Zu 04 04/129 06

Mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes 2026/2027 entfällt die bisherige haushaltsgesetzliche Ermächtigung zum kostenfreien Laden privater Elektro- und Hybridfahrzeuge durch Beschäftigte und Besucher staatlicher Dienststellen. Der Titel ist für etwaige Einnahmen aus der Abgabe von Ladestrom erforderlich.

Zu 04 04/422 26

Die Anpassung des Haushaltsvermerks resultiert aus der geänderten Übertragbarkeit.

Zu 04 04/526 24

Weniger 500,0 Tsd. € wegen haushaltsneutraler Umschichtung zu 04 04/526 29 infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 04 04/526 29

Mehr 500,0 Tsd. € wegen haushaltsneutraler Umsetzung von 04 04/526 24 infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2026	Neuer Betrag 2026	A	Bisheriger Betrag 2027	Neuer Betrag 2027
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		Tsd. €	B	
1	2		3	4		5	6
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	A	1.414.872,0	1.414.907,3	A	1.414.872,0	1.414.942,5
		B	+35,3		B	+70,5	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	4.530,0	4.530,0	A	4.530,0	4.530,0
		B	-		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	1.419.402,0	1.419.437,3	A	1.419.402,0	1.419.472,5
		B	+35,3		B	+70,5	
	Personalausgaben	A	1.039.179,8	1.039.179,8	A	1.054.715,9	1.054.715,9
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	804.991,5	804.991,5	A	803.541,5	803.541,5
		B	-		B	-	
	Ausgaben für den Schuldendienst	A	8,0	8,0	A	8,0	8,0
		B	-		B	-	
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	24.777,4	24.777,4	A	24.777,4	24.777,4
		B	-		B	-	
	Baumaßnahmen	A	45.364,0	45.364,0	A	40.564,0	40.564,0
		B	-		B	-	
	Sonstige Sachinvestitionen	A	48.628,4	48.628,4	A	46.878,4	46.878,4
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	1.962.949,1	1.962.949,1	A	1.970.485,2	1.970.485,2
		B	-		B	-	
	Zuschuss	A	543.547,1	543.511,8	A	551.083,2	551.012,7
	Überschuss	B	35,3		B	70,5	

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2026 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2027 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2027 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
	Einnahmen				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schul- dienst und dergleichen				
<u>129 06-1</u> 056	Einnahmen aus der Abgabe von Ladestrom	A B +36,8	36,8	A B +73,5	73,5
	Gesamteinnahmen	A 43.279,0 B +36,8	43.315,8	A 43.279,0 B +73,5	43.352,5
	Abschluss				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schul- dienst und dergleichen	A 41.861,0 B +36,8	41.897,8	A 41.861,0 B +73,5	41.934,5
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 1.418,0 B -	1.418,0	A 1.418,0 B -	1.418,0
	Gesamteinnahmen	A 43.279,0 B +36,8	43.315,8	A 43.279,0 B +73,5	43.352,5
	Personalausgaben	A 353.841,9 B -	353.841,9	A 362.151,9 B -	362.151,9
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 137.669,8 B -	137.669,8	A 137.588,7 B -	137.588,7
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Aus- nahme für Investitionen	A 32.977,5 B -	32.977,5	A 32.977,5 B -	32.977,5
	Baumaßnahmen	A 130.165,6 B -	130.165,6	A 134.965,6 B -	134.965,6
	Sonstige Sachinvestitionen	A 26.474,5 B -	26.474,5	A 26.555,6 B -	26.555,6
	Gesamtausgaben	A 681.129,3 B -	681.129,3	A 694.239,3 B -	694.239,3
	Zuschuss	A 637.850,3	637.813,5	A 650.960,3	650.886,8
	Überschuss	B 36,8		B 73,5	

Erläuterungen

Zu 04 05/129 06

Mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes 2026/2027 entfällt die bisherige haushaltsgesetzliche Ermächtigung zum kostenfreien Laden privater Elektro- und Hybridfahrzeuge durch Beschäftigte und Besucher staatlicher Dienststellen. Der Titel ist für etwaige Einnahmen aus der Abgabe von Ladestrom erforderlich.

Epl. 04 Bayerisches Staatsministerium der Justiz

Titel FKZ	A Bisheriger Betrag 2026		Neuer Betrag 2026 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2027		Neuer Betrag 2027 Tsd. €
	B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €			B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		
1	2		3	4	5	6
Abschluss Epl. 04						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	A 1.456.757,5 B +72,1		1.456.829,6	A 1.456.757,5 B +144,0		1.456.901,5
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 5.949,0 B -		5.949,0	A 5.949,0 B -		5.949,0
Gesamteinnahmen						
	A 1.462.706,5 B +72,1		1.462.778,6	A 1.462.706,5 B +144,0		1.462.850,5
Personalausgaben	A 2.080.145,5 B -		2.080.145,5	A 2.157.016,0 B -		2.157.016,0
<i>Verpflichtungserm. 2026 Tsd. €</i>	12.600,0					
<i>Verpflichtungserm. 2027 Tsd. €</i>	1.000,0					
Sächliche Verwaltungsausgaben	A 946.642,0 B -		946.642,0	A 945.085,9 B -		945.085,9
<i>Verpflichtungserm. 2026 Tsd. €</i>	459.482,2					
<i>Verpflichtungserm. 2027 Tsd. €</i>	117.945,8					
Ausgaben für den Schuldendienst	A 8,0 B -		8,0	A 8,0 B -		8,0
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 58.426,3 B -		58.426,3	A 58.426,3 B -		58.426,3
<i>Verpflichtungserm. 2026 Tsd. €</i>	18.925,0					
<i>Verpflichtungserm. 2027 Tsd. €</i>	18.925,0					
Baumaßnahmen	A 175.875,4 B -		175.875,4	A 175.529,6 B -		175.529,6
<i>Verpflichtungserm. 2026 Tsd. €</i>	99.550,0					
<i>Verpflichtungserm. 2027 Tsd. €</i>	132.450,0					
Sonstige Sachinvestitionen	A 76.137,9 B -		76.137,9	A 74.469,0 B -		74.469,0
<i>Verpflichtungserm. 2026 Tsd. €</i>	70.594,0					
<i>Verpflichtungserm. 2027 Tsd. €</i>	27.300,0					
Besondere Finanzierungsausgaben	A -50.135,6 B -		-50.135,6	A -50.135,6 B -		-50.135,6
Gesamtausgaben						
	A 3.287.099,5 B -		3.287.099,5	A 3.360.399,2 B -		3.360.399,2
<i>Verpflichtungserm. 2026 Tsd. €</i>	661.151,2					
<i>Verpflichtungserm. 2027 Tsd. €</i>	297.620,8					
Zuschuss						
	A 1.824.393,0		1.824.320,9	A 1.897.692,7		1.897.548,7
Überschuss						
	B 72,1			B 144,0		